

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Dachstuhl- und Steinzeugindustrie, in Schmelzereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Asphaltateure, Plötzer, Fliesenleger, Ofenleger, Glaser aller Art, Steinholzer und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsabzugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preis für Geschäftsanzeigen die zehnpaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abdrücken Rabatt. der nur als Kaszarabatt gilt Arbeitsmarkt die dreizehnpaltene Millimeterzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften 2 M.</p>
---	---	---

Nur nicht müde werden!

Dieses Ermunterungswort des verstorbenen Dichters Caspar Flaischlen möchte man der kämpfenden Arbeiterklasse immer wieder zurufen. Gerade die Gewerkschaftsbewegung voll und darf nichts gemein haben mit Zweifeln und Verzweifeln. Gewerkschaftsarbeit ist zukunftsreich, hoffnungsvolle Arbeit. Diese Ideale waren sicher nicht in allen lebendig, die den Fahnen der Gewerkschaften bisher folgten. Und dennoch waren auch sie es, die das Vorwärtsschreiten ermöglichten und — wenn auch mit geringerer Ueberzeugungskraft — die zu Bergen aufgehäuften Schwierigkeiten überwinden halfen.

Schon viele von Idealismus befeelte Bewegungen sind über die Erde gegangen. Lange hat es gedauert, ehe sie sich Geltung verschaffen konnten. Erinnert sei nur an das Christentum. Es vergingen lange Jahre, ehe man das Christentum als Machtfaktor ansprechen konnte. Ist demgegenüber die Arbeiterbewegung nicht in einem viel rascheren Tempo vorwärts gestürzt? Haben nicht 60 Jahre genügt, um die politische Macht der Arbeiterklasse in fast allen Ländern ungeheuer zu erhöhen zu lassen? Und wirtschaftlich? Ueberall, wo Lohnarbeiter zu finden sind, hat der gewerkschaftliche Gedanke Fuß gefaßt. Und da soll uns um die Zukunft bangen? Mit nichten!

Die Gewerkschaftsbewegung ist heute zu einem achtunggebietenden Faktor in den bedeutendsten Industrieländern geworden. In Deutschland, Amerika, England, in Skandinavien, der Schweiz und der Tschechoslowakei sind die Gewerkschaften als die erste Großmacht des Landes anzusprechen. In Deutschland kann ernsthaft von irgendeiner Seite nichts unternommen werden, ohne daß die Gewerkschaften ihr Veto einlegen. Zwar war es Demagogie, wenn Jahre hindurch von einer Lebensregierung der Gewerkschaften gesprochen wurde. Und dennoch war etwas Wahres an dieser Behauptung. Die Gewerkschaften waren der geschlossene Block organisierter Arbeiter, den zu umgehen man sich nicht wagte. Trotzdem die Reihen der organisierten Gewerkschaftsmitglieder durch Inflation, Not und Streit etwas gelichtet, bedingt sich diese Großmacht nach wie vor über das ganze Land. Mehrere tausend freigestellte Personen stehen im Dienste dieser Großmacht. Die Feiten sind vorbei, wo die Arbeiter von jedem Unternehmer geschunden werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung ist der stärkste Machtfaktor, den die vereinte und organisierte Arbeiterklasse sich zu schaffen vermochte.

Daneben gibt es andere, von denen wir zuerst die Genossenschaftsbewegung nennen. Von den Samenkörlchen, die die mutigen Pioniere von Nordale vor 80 Jahren ausstreuten, ist auch in Deutschland eins zu einem riesigen Baum geworden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist eine mächtige Organisation, 4,5 Millionen Mitglieder vermochten die ihm angehörenden Konsumvereine in sich zu vereinen. Heute wäre es vermessend, wollte jemand Gedanken zum Besten geben, wie dies August Bebel 1893 im Reichstag tat: „Wir können es unter keinen Umständen billigen, daß unsere Parteigenossen Mittel und Kräfte dazu verwenden, Genossenschaften ins Leben zu rufen. . . Wir betrachten sie als im ganzen für die große Bewegung gleichgültige Institutionen, die mit ihr nichts zu schaffen haben. . .“ Etwas Derartiges heute zu äußern, wäre hirnverbrannt. Wir haben unterdessen Organisationsgebilde wie die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine heranzuwachsen sehen, die zu Großbetrieben ersten Ranges wurden und dem Privatkapital erfolgreich die Spitze zu bieten vermögen. Konsumvereine, wie die „Produktion“

in Hamburg, die Konsumgenossenschaft in Berlin, der Konsumverein Leipzig-Blagowich und andere sind Machtfaktoren von großer Bedeutung. Sie sind für den Sozialismus mehr, als tausend schöne Reden und Beschlüsse. Gerade in der jetzigen Zeit besitzt der Konsument eine ungeheure Macht. Diese Macht zu organisieren, dazu sind die Konsumgenossenschaften berufen. Würden sie die nötige Unterstützung finden, würden die Arbeiter erkennen, was sie als vereinigte Konsumenten zu tun vermögen, dann müßten die Konsumgenossenschaften zu Riesengebilden werden, denen sich das Privatkapital nicht gegenüberzustellen vermöchte. Die Genossenschaften sind neben der Gewerkschaftsbewegung die stärksten Machtfaktoren der Gegenwart. Sie noch stärker, ja unüberwindlich zu machen, liegt im Interesse aller Arbeiter.

Nicht vergessen darf bei dieser Betrachtung werden ein neuer Zweig, der der Arbeiterbewegung entsprossen ist. Das sind die Sozialen Baubetriebe. Sie können weder als Genossenschaften gelten, noch sind sie in ein anderes bequemes Schema zu pressen. Die Sozialen Baubetriebe ähneln eher den englischen Gildes, es sind im Grunde von den Gewerkschaften gezogene Betriebe, bei weiterem Wachstum durchaus in der Lage, das Baugewerbe maßgebend zu beeinflussen. Die Bauhütten beschäftigen in der verflochtenen Konjunktur nicht weniger als 20 000 Arbeiter. Bauwerke in allen Gegenden Deutschlands legen Zeugnis davon ab, daß zu einer soliden und geschmackvollen Bauweise durchaus kein privater Bauunternehmer notwendig ist. In der Bauhüttenbewegung ist die Selbstverwaltung der Produktion durch die im Baugewerbe beschäftigten Kopf- und Handarbeiter und ihre Organisationen angebahnt. „Das weitere Ziel der Bauhütten“, so erklärte Kollege Ellinger auf dem Gewerkschaftskongress sehr treffend, „ist die Ersetzung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln durch Kollektiveigentum, die demokratische Selbstverwaltung des Baugewerbes durch die in den Gewerkschaften organisierten Kopf- und Handarbeiter und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. In der Bauhüttenbewegung sollen die Arbeiter nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt in der Wirtschaft sein.“ Nicht nur die Bauarbeiterschaft, auch die Gesamtarbeiterschaft hat alle Ursache, diesem jüngsten Machtfaktor der organisierten Arbeiterbewegung Beachtung zu schenken. Wenn eins dazu den Ansporn gibt, dann die wüthende Bekämpfung der Bauhütten durch die Unternehmer.

Und dann ist noch eine Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorhanden, die sich prächtig anläßt und zu den größten Hoffnungen berechtigt: Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. Die Arbeiterbank hat Schwestern in andern Ländern, die ihr ein gutes Beispiel geben, deren Voraussetzungen dennoch nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden können. Hier ist der Boden viel schwieriger als beispielsweise in dem reichen Amerika. Doch die Arbeiterbank marschiert. Sie hat jetzt angefangen, ein Netz von Zastellen über das ganze Reich zu spannen. In Hamburg wurde eine Filiale errichtet. Dies alles zu dem Zwecke, die von der Arbeiterschaft erübrigten Gelder zu sich heranzuziehen. Die Gelder der Arbeiterschaft sollen auch in Dienste der Arbeiterschaft verwendet werden. Das ist das Ziel der Arbeiterbank. Welche Zukunftsaussichten eröffnen sich hier! Die Ersparnisse der Arbeiterschaft, die Gelder der Gewerkschaften und anderer Organisationen an einer Stelle vereinigt: das ergibt eine gewaltige materielle Macht, so daß die Zukunft der gewerkschaftlichen Kämpfe ein ganz anderes Fundament erhält. Die Arbeiterbank kann zum finanziellen Nervenzentrum der gesamten Arbeiterbewegung werden. Schon darin

liegt ihre Bedeutung als Machtfaktor der Gegenwart, vor allem der Zukunft!

Wir haben hier wirtschaftliche Faktoren der modernen Arbeiterbewegung aufgezählt, zu denen noch die „Volkswirtschaft“ zu fügen wäre. Jede von den aufgezählten Machtfaktoren für sich und alle zusammen ermöglichen der Arbeiterbewegung eine erhöhte Kraftentfaltung zur Erweiterung ihres Lebensstandards und zur endgültigen Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft. Nur nicht müde werden!

Zur Wirtschaftslage Deutschlands.

Das hervorstechendste Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung ist der erhebliche Rückgang des Einfuhrüberschusses im September. Der Einfuhrüberschuß, der im August 454 Millionen Mark betrug, ist auf 292 Millionen Mark gesunken. Die reine Wareneinfuhr wies einen Rückgang von 109 Millionen die Einfuhr eine Zunahme von 22 Millionen auf. Von der letzteren entfielen rund 50 Millionen auf Fertigerwaren. Die Verbesse rung der Handelsbilanz, die sehr lange auf sich warten ließ, mußte endlich einsehen. Für den Rückgang der Einfuhr sorgte das Ausbleiben von ausländischen Anleihen, die dies finanziert hätten. Erst in letzter Zeit ist das amerikanische Kapital wieder bereit Anleihen zu gewähren, wenn sich auch diese Bereitwilligkeit vor allem auf die Kommunen erstreckt. Die Erhöhung der Ausfuhr ist aber zum Teil auch das Ergebnis der fortwährenden Umstellung der Industrie und der noch andauernden Kreditengpässe, die die Industrie zum Verkauf selbst zu niedrigen Preisen zwingen.

Die handelspolitische Lage ist trotzdem für die weitere günstige Entwicklung der Ausfuhr nicht vorteilhaft. Am 1. Oktober ist zwar der schon vor langer Zeit abgeschlossene amerikanische Handelsvertrag, der auf Weisbegünstigung aufgebaut ist, in Kraft getreten. Die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen konnten jedoch nicht zu einem günstigen Abschluß gebracht werden. Mit Spanien ist infolge der Kündigung durch Deutschland kein Vertrag vorhanden, mit Italien ist ein Handelsvertrag zustande gekommen, der Deutschland ebenfalls die Weisbegünstigung gewährt. Die Verhandlungen mit Frankreich sind immer noch nicht über den letzten Punkt gelangt. Der Zollkrieg mit Polen dauert weiter an. Die Konferenz von Locarno konnte zwar bei den Verhandlungen mit Polen eine freundlichere Stimmung und die Bereitwilligkeit zu Vereinbarungen bewirken, falls diese nicht durch die deutsch-nationale Rumpolizei wieder in Frage gestellt werden. Das vom Reichstag angenommene Saarabkommen konnte bisher nicht in Kraft treten, weil die darin vorgesehene Verständigung der saarländischen mit der elsaß-lothringischen Industrie nicht zustande kam. Als positives Resultat der Handelspolitik ist das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Uruguay zu buchen, der als Ausbau des Napoleonvertrages zur Förderung des gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehrs gute Dienste leisten kann, zumal der Abschluß von der Bewilligung eines Hundertmillionen-Warenkredits an Uruguay begleitet war. Mit Holland verlaufen die Verhandlungen günstig, auch werden im Monat November eine Anzahl von Verhandlungen mit verschiedenen andern Staaten in die Wege geleitet. Sehr erfreulich werden diese Verhandlungen durch die überall ohnmächtige Hochschulpolitik.

Die Konjunkturlage ist uneinheitlich. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit von August auf September und im Monat Oktober läßt auf eine Verschlechterung der Konjunktur schließen. Auch wurde in mehreren Industriezweigen die Kurzarbeit vermehrt. Das Sorgenkind der Wirtschaft ist weiterhin die Metallindustrie, wo fast sämtliche Zweige über weiteren Rückgang des Absatzes klagen. Insbesondere sind diese Klagen vielfach übertrieben. Die jüngst veröffentlichte Produktionsstatistik über die Erzeugung von Roheisen, Stahl und der Walzwerke bringt Jiffen, die über Erwarteten hoch sind, wenn sie auch gegenüber August eine Abnahme aufweisen. Auf das neue Reichsgebiet gerechnet erreichte trotzdem die Septemberproduktion im Vergleich zum Monatsdurchschnitt 1913 bei der Metallgewinnung 84,5 %, bei den Walzwerken 85,1 %. Reichsgebiet hat sich die Lage der Metallindustrie, Schuh- und Lebensmittel-eingelen Zweige, wie Textil, Eisenindustrie, die infolge ausbleibender Bestellungen der mit Vorkontingenzen durchgeführten Reichsbahn zu Einschränkungen scheitern mußte, der vor 4 bis 5 Monaten noch gut beschäftigten Automobilindustrie, wo die Krise infolge Aufhebung des Einfuhrverbots zugleich mit dem Anfraktieren der neuen Zölle einsetzte; ferner in der Textilindustrie, in deren ungünstigen Verhältnisse sich die Weltlage des Schiffbaues widerspiegelt und in der Holzindustrie. Paaregen hat

die seit langem anhaltende Kohlenkrise ihren Tiefpunkt übergriffen, es wurde bereits im September die höchste Kohlenförderung in diesem Jahre erreicht. Diese Entwidlung ist vor allem dem Kohleneinfuhrverbot aus Polen, das die Förderung der deutsch-oberschlesischen Gruben freisetzt, zuzuschreiben. Aber auch die Ruhrkohlenzeugung war im September höher als in irgendeinem Monat seit März; die Belegungsstärke ging jedoch weiter zurück und betrug Ende September 403 807. Sie ist damit heute um etwa 17 250 Mann geringer als vor dem Kriege. Die meisten Zweige der Textilindustrie sind gut beschäftigt, aber auch die Woll- und Seidenindustrie. In der Baumwollindustrie ist seit Einführung der Fülle eine Nachfrage vorhanden, die die Leistungsfähigkeit der Betriebe übersteigt, während die Kapitalnot der Erweiterung des Produktionsapparates im Wege steht. Die Waufragigkeit zeigte, wenigstens nach den amgelieferten Bauvorhaben zu urteilen, im Oktober noch nicht das saisonmäßige Abflauen. Auch blieb die Glasindustrie, ausserordentlich beschäftigt.

Die Preisentwicklung war rückläufig. Die Großhandelspreisindex des Statistischen Reichsamts ging im Laufe des September um 4,4%, im Oktober um weitere 1,6% zurück. Indessen sind die Preisrückgänge nicht die Folge der Preisabnahme, sondern der Preisbewegung von Weltmarktwaren, von denen die Preise für Roggen, Weizen, Zucker, Baumwolle, Benzin gesunken sind. Vor allem ist das Sinken der Weltgetreidepreise bemerkenswert, dessen Ausmaß hoch genug war, um die Witzungen der deutschen Getreidehändler in der Richtung einer Preisrückbildung weit zu machen. Die günstige Weltmarktlage, noch mehr aber die mangelhafte Aufnahmefähigkeit der Märkte, haben diesen Preisrückgang auf dem Weltmarkt hervorgerufen. Für die Lebenshaltungskosten hat sich der Preisrückgang noch nicht ausgewirkt. Die allgemeine Preislage ist immer noch zu hoch. Das die Preise werden von den Kartellen diktiert. Das Vorgehen der Regierung gegen die Kartelle hat auf die Befähigung der Kartellkontrolle und der freibewerblichen Preise beschränkt; eine weitere gesetzliche Ausdehnung der Kartellkontrolle ist nicht vorgezogen.

Der Geldmarkt bietet das Bild der Flüssigkeit für Vorkriegsgeber und der Knappheit für Anleihen auf längere Frist. Die letzten Zweimonatsbilanzen der Banken zeigen die verhältnismäßig geringe Kapitalbildung bei den privaten Banken im Gegensatz zu den öffentlichen Geldinstituten, wo man auch nur Übergangsweise, große Einlagen vorhanden sind. Diese Umstände halten auch bei der Unterfütterung und Sanierung von in Not geratenen Unternehmungen her. Von diesen Sanierungskrediten ist die Unterfütterung des obersteleischen Viehgezeugens und des Stummkongressen hervorzuheben. Auch mußte der Richardshahn-Kongress gestützt werden. — Die bedrückte Lage des Handels kommt in der außerordentlichen Zunahme der Kontrakte zum Ausdruck. Diese erreichten im September bereits den Monatsdurchschnitt der Vorkriegszeit, während im August auf 1100 wuchs. — Auch die Landwirtschaft kämpft gegenwärtig mit Geldmangel. Die Hundertmillionen-Kontenanteile sind bisher noch nicht zur Verteilung, dagegen müssen die Landwirte einen Teil der von der Reichsbank und von der Rentenbank empfangenen Reichschulden zurückzahlen. Die gedrückten Getreidepreise setzen außerdem die Bereitwilligkeit der Landwirte, ihr Getreide vorzeitig auf den Markt zu bringen, herab.

Der abgelaufene Monat hat den gewaltigen Konzentrationssprozeß, dessen Zeugen wir heute sind, weiter gefördert. In diesem Monat ist die Fusion in der chemischen Industrie unter der Leitung der Wadischen Anilin-Gesellschaft vollzogen; damit entstand die größte Gesellschaft Deutschlands mit einem Stammkapital

von 647,6 Millionen Mark. Das Zustandekommen des Nierenkonzerns im Ruhrgebiet ist bereits gesichert. Ihm werden Hoeslin, Wöhrig, Rheinisch und die Rheinische Eisen-Union beitreten. In Obereschlesien ist der Montantrust durch Zusammenfluß von Unternehmungen der Obereschlesischen Eisenhütte A.G., der Donnersmühlhütte A.G. und der Obereschlesischen Eisenindustrie A.G., zustande gekommen. Weitere Konzentrationen von großer Bedeutung wurden in der Zement-, Kunstfaser- und Mühlenindustrie vollzogen. In der Zementindustrie ist durch die Interessengemeinschaft des Wilmbergkongress mit dem Wilmbergkongress ein Zusammenschluß zustande gekommen, der ein Viertel der gesamten deutschen Produktion in sich vereint. In der Kunstfaserindustrie ist die Anteilnahme des amerikanischen Kapitals bezeichnend. In der Mühlenindustrie von 6 Mühlen unter der Leitung einer Handelsgesellschaft, der Getreidekommission A.G., Düsseldorf. In den internationalen Zusammenhängen ist Ende Oktober die deutsch-belgische Walzdrahtkonvention gekommen, die sich auf den Ausfuhr der gegenseitigen Konkurrenz und die Festlegung von Mindestpreisen erstreckt.

Rückständige Löhne und Bauperr.

In Hamburg hatte die Baufirma Schwarz die Zahlung eingestellt und auch den bei ihr beschäftigten Arbeitern die letzte Lohnzahlung vorenthalten. Einem alten Brauch gemäß, verhängte die Baugewerkschaft über den Bau, an dem unsere Kollegen den letzten Lohn nicht bekommen hatten, die Sperre. Diese wurde auch nicht aufgehoben, als eine andere Firma den Bau fertigstellen sollte. Die Baugewerkschaft Hamburg verlangte vielmehr, daß zunächst die rückständigen Löhne ausgezahlt werden müßten; erst dann könne die Baufirma freigegeben werden. Die Bauherrin, die Firma Hagen A.G., fühlte sich benachteiligt und erwiderte beim Amtsgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen den Vorstand der Baugewerkschaft, wonach die Sperre sofort aufzuheben sei.

Die Baugewerkschaft erhob sofort Widerspruch beim Landgericht und erzielte damit die Aufhebung der einstweiligen Verfügung. Die antragstellende Firma wurde zur Ertragung der Kosten des Rechtsstreites verurteilt. (Landgericht Hamburg Z. J. 713/25 am 14. Oktober 1925.) Wir lassen die hauptsächlichsten Entscheidungsgründe des Landgerichts folgen:

Antragsteller hat die Bekanntmachung aus dem „Hamburger Echo“ vom 28. August 1925, Nr. 229, vorgelegt, die, wie die angeführte Bekanntmachung in der „Volkszeitung“, Veranlassung zu der einstweiligen Verfügung gegeben ist. Die Bekanntmachungen haben folgenden Wortlaut: „Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Hamburg. In der Baufirma der Firma Schwarz a. S., Hamburg, Baufr. 16/17, erhielten die Bauarbeiter am Zahlungstage nicht ihren fälligen Wochenlohn ausgezahlt. Wir warnen jeden Bauarbeiter, an dieser Baufirma in Arbeit zu treten, bevor nicht der rückständige Lohn gezahlt ist. Der Vorstand.“ In dieser Veröffentlichung liegt weder ein Verstoß gegen § 223, noch § 24, noch § 26 W.G., insbesondere ist durch eine Veröffentlichung in der gewählten Form eine Preisfestsetzung der Firma Hagen a. S., wie Antragsteller behauptet, nicht zu erblicken. Die einstweilige Verfügung unterlag daher ohne weiteres der Aufhebung. Die einstweilige Verfügung wendet sich gegen die von der Antragstellerin behauptete, von der Antragstellerin verfasste Aufsperrung. Aus den Veröffentlichungen ergibt sich eine solche Aufsperrung nicht. Dagegen ergibt die eidesstattliche Versicherung des Maurermeisters Harries vom 22. September 1925, daß eine solche Sperre über den Bau verhängt ist. Nach dieser Versicherung hat der Vorstehende des Baugewerksbundes, Fen., dem

Harries erklärt, daß, solange die von der Firma Schwarz geschuldeten Löhne von der Firma Hagen nicht gezahlt seien, keine Leute auf die Baustelle kämen. Der Antragsteller sieht hierin einen gegen die §§ 223 und 226 W.G. verstoßenden Boykott. Dem kann nicht zugestimmt werden. Das Reichsgericht hat in seiner ständigen und umfangreichen, Boykott und Ausperrung betreffenden Rechtsprechung immer den Standpunkt vertreten, daß Maßnahmen zur Überwindung des Widerstandes des Gegners erst dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn die angewendeten Mittel an sich unbillig sind, oder wenn der Gegner zurechnungsfähige Vertretung herbeiführt wird, oder wenn der Boykott, der dem Gegner erwächst, zu dem erwarteten Vorteile in keinem Verhältnis steht. Weder das eine noch das andere kann im vorliegenden Falle behauptet werden, zumal nicht der letztere die Antragstellerin auf ihre günstige finanzielle Lage besonders hingewiesen hat. Daraus, daß nicht die Firma Hagen Vertragskontrahent der Arbeiter ist, sondern die Firma Schwarz, kann kein Einwand gegen die Handlungsweise des Antragstellers entnommen werden. Nur das Gegenteil würde gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstoßen. Vorgänge wie bei der Firma Schwarz können sich auch bei anderen Unternehmern wiederholen und die Arbeiter erneut um die Früchte ihrer Arbeit bringen. Es hiesse, die Arbeiter derartigen Möglichkeiten schuldlos zu lassen, wenn man ihnen in solchen Fällen die nötige Hilfe ihrer Organisation verweigern wollte. Die Organisation ist die im Lohn- und Wirtschaftskampfe berufene und anerkannte Stelle, in solchen Fällen regulierend einzugreifen. Es ist in der Rechtsprechung des Reichsgerichts wiederholt anerkannt, daß die Organisation bei der Verfolgung solcher Ziele vor entgegenstehenden Interessen Dritter nicht zurückzutreten braucht und daß ein gewisser Druck nicht auf dem Namen des gesetzlich Gebotenen beruht. Im eine solche organisationsmäßig gebotene Interessenvertretung handelt es sich hier. Für nur deshalb Äußerungen zu ziehen, weil keine direkten Rechtsbeziehungen zwischen den Arbeitern und der Antragstellerin bestehen, würde eine neue formulmäßige Auslegung sein, deren Unzulässigkeit durch die Entscheidung der Boykott- und Ausperrungsrechtsprechung bestätigt ist. Die einstweilige Verfügung war daher aufzuheben.

Unternehmerdrang nach Befestigung sozialer Einrichtungen.

Die bürgerliche Presse bringt immer wieder Nachrichten, die sich mit einer Zusammenlegung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen. Es wird in diesen Notizen darauf hingewiesen, Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium seien Schöpfungen des Krieges, sie hätten infolge der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse einen großen Umfang angenommen, so daß es nun erforderlich sei, den ins Riesenhafte angewachsenen Verwaltungsapparat zu verkleinern. In diesem Zusammenhang wird berichtet, die Reichsregierung stehe der Zusammenlegung der beiden Ministerien nicht ablehnend gegenüber.

Der Zweck der Uebung ist klar. Es handelt sich um einen neuen Schlag gegen die soziale Verfassung und die sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Die Unternehmer nehmen an (ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingelassen), daß sie in ihrer arbeitereindlichen Tendenz ein Stück Weges weiter kommen, wenn sie das Reichsarbeitsministerium zu einem Teil des Reichswirtschaftsministeriums machen. Deshalb die Verbindungspäne auf Grund der Zusammenlegung der beiden Ministerien.

Nachdem man im Reich aber ganz gehörig abgemuldet und festgestellt hatte, Verhandlungen über die Zusammen-

„Grundstein“-Lüge und Schivelbeiner Wahrheitsdrang.

Dort im gelegentlichen Hintermann liegt die allbekannte Wahrheit Schivelbein. In dieser Metropole pommerischer Würde und Intelligenz begünstigt die Bevölkerung mit geistigem Schwarm fröhlich, fromm, fröhlich und fromm bößlich der Monitor aller baltischen Schivelbeiner, die „Schivelbeiner Kreiszeitung“. Vor diesem hohen geistigen Forum stand kürzlich unser „Grundstein“ zur gerechten Beurteilung. Er belam die wohlbedeutenden journalistischen Fußstapeln...

Woburd hatten wir uns johlende allerhöchste Ungnade zugezogen? Durch die Veröffentlichung jenes von hoher, deutscher Poeterei zeugenden Liedes, feuchtschönlich gestiegen nach der schönen Melodie „Der Kapit lebt herrlich auf der Welt“. Dem Sitzungssest des landwirtschaftlichen Vereins zu Ostrib. Dort war das Lied mit dem eichtheligen Geschäftssinn verratenen Weirain „Wegs vorne nicht, gehts hinten run“ rauen, urteutonischen Kardensfesten entzollen. Dieses Gedicht hatte der bermaltebete „Vorwärts“ dem „Grundstein“ entnommen, wodurch die Kunde unserer Schandtat auch in Schivelbeiner Kreiszeitung wurde. Denn die Schriftleitung der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ erhält den „Vorwärts“ im Ausschritt, und nun tritt der „Vorwärts“ und uns als „Quelle“ der allerhöchste Wahrheit aus dem Rintensch der „Schivelbeiner Kreiszeitung“. Mit zornig-frumdem Augenaufschlag wird den Lesern dieses Weltblattes unsere und des „Vorwärts“ Schandtat vermeldet unter der Ueberschrift „Vom Tiefstand der Kreispresse“ — Verzeigung, zürnende Schivelbeinerin, wolle sagen: „Vom Tiefstand der Linkspresse“. Denn diese Geschichte ist — erschaudert, bereute Schivelbeiner, es der Verlogenheit und Schleichheit der jüdischen Linkswelt — eine dummbreite Verleumdung. In die Vaterstadt dieser Verleumdung seien sich nach dem salomannischen Richterpruch der Schivelbeinerin „Vorwärts“ und „Grundstein“. Den letzteren aber trifft als Urheber besagten Prespektredens noch der besondere Ausdruck urteutonischer Verachtung; denn es heißt in Klammern in bezug auf den „Grundstein“: „Wer kennt dieses Rästelblättchen.“ Gut geküßlt, edler Parde! Aber Du hast vergesssen, hinzuzusetzen: „im gutwilligsten Verzeite der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ einschließlic ihrer so hochgelobten und welt-erfahrenen Schriftleitung“. Diese erachte ohne weiteres Schivelbein als den Brennpunkt des Erbbaus und das Zästelbeinerische „Kreisblatt“ als ein Blatt von größerer

Aufgabe, von gewaltigerem Umfange als etwa die „Times“ oder der Pariser „Matin“ (Spinn, Spinn, Weltstand!). Da man schon mit feinerer Recherche herbeigefahren auf den amerikanischen „Grundstein“ dieses lägenhafte Rästelblatt, dessen Schriftleitung sich solche Verleumdungen aus dem nichtsinnigen Federblei laugt. Was, Ihr „Grundstein“-Männer magt einen läglichen Protest? Ihr Wundert nicht „Rästelblatt“? Eine einmalige Auflage des „Grundstein“ wiege weit schwerer als die ganze Jahresaufgabe der „Schivelbeiner Kreiszeitung“? Auch wenn Ihr damit recht habt, Ihr bleibt den n o gegenüber diesem Weltblatt belanglose Nichtigkeit. Denn in Schivelbein kennt Euch keiner, nicht einmal die konzentrierte Schivelbeiner Intelligenz im Kreisblatt. Und merkt es Euch: Seht die weltumfassenden Verbindungen der „Schivelbeiner Kreiszeitung!“ Aus dem von Schivelbein fernentlegenen Ostrib läßt sie sich Eure Schandtat abeln. Der wahrheitsbeständige Ostriber Korrespondent meldet auch gleich, daß das „Grundstein“ Erzählung aufgelegt Schwindel sei.

Heil den braven Schivelbeinern, die in dieser treudeutschen Werte dem Tiefstand der deutschen Linkspresse unterrichtet werden! Wie groß und herrlich muß es sein, abends am Stammtisch der Schivelbeiner Urteutonien bei schäumendem Meil und udermächtigem Knatter zu sitzen und zu sagen das hohe Lob redenshaftiger, allzeitiger Sinnwert und in die Selts der Unterwelt zu schleudern die verlogene, verjudete Linkspresse, auf daß Deutschland bald wieder aufstehe zur ganzen, schwerer- und jorenkirkenden Pracht und Herrlichkeit! Heil!

Und den „Grundstein“ kennt man in Schivelbein an der Tafelrunde biederer Meiden nicht. Auch Ostrib nicht. Aber man kennt die Schriftleitung der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ und deren unandelbare, urteutonische Weisheit und Wahrheitsliebe. Heil!

Wir aber tun Buß in East und Weste...

Weneidenswert ist, wer für andere Wesen, wer für ein Liebes lebt und kämpft und leidet, wer für sich selbst nur lebt, ist arm. Gemannm Stagg.

Die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele von uns werden die Mitte nicht überleben!

Der Sonntagsrock.

Welchen Beruf der schaffende Mensch auch hat, er steht bis auf Ausnahmen in der Achtung seiner Arbeit. In ungeahnte Einzelgebiete hat die Arbeitsteilung des modernen Wirtschaftslebens das Schaffen zerissen, und in diesen kleinen Einzelheiten erfüllt nun jeder sein Wert, Tag für Tag.

Und für wen? Wenn noch der Gedanke den schaffenden Menschen erheben könnte, daß das alles geschieht um des Menschen willen und nur für den Menschen! Wenn dieses Menschische des Schaffens der Arbeit noch die ertragende Seele verheißt! Aber wo ist denn die Arbeit? Doch nur für den spekulativen Gedanken, der das Unternehmen gründet und leitet. Und zugleich für die eigene, kleine, beschönigte Lebensgenüßung.

Wie selten ist doch das proletarische Dasein! Wie ist es so ganz ohne Freude! Wie ist der Mensch in seinem Schaffen doch so ganz ohne das Menschliche.

Ist es da nicht zu verstehen, wenn der Mensch dann am Sonntage in sich eine Befreiung empfindet von einer Last? Wenn dann ein Aufstehen seiner Seele ihn fühlen läßt, daß er doch eigentlich im Grunde seines Wesens noch Mensch ist mit lebendigem Gefühl und teilnehmendem Willen und Streben? Und wenn er sich dann am Sonntage bewußt legt auf all seinem Treiben? Und wenn er dann ein anderes, besseres Gewand trägt, den Sonntagsrock?

Der Sonntagsrock ist ein sozialer Ausdruck der Welt. Es ist nicht nur Form, wenn der arbeitende Mensch am Sonntage seinen Rock aus seinem Schranke holt. Es geschieht nicht, nur weil Sonntags ist und es sich am Sonntage so gehört und es Sonntags so üblich ist. Es ist die Kulturseele des Menschen, die mit dem verklärten Menschen auch den wertvollsten Rock ablegt. Und wenn das proletarische Volk dann in Sonntagskleidung — und ist sie noch so schlicht — am freien Sonntage dahinein tritt und plaudert und lacht oder sich erholend in den Straßen, in der Natur gemächlich ergeht, so liegt da über dem Ganzen ein stiller Zauber des Menschlichen, ein Sehen nach Menschlichem, ein Erleben von etwas, das mehr ist als Brot und jenseits der Sorge ist.

Den Menschen hat die Maschine des Kapitalismus doch noch nicht ertötet. Der Mensch lebt. Der Mensch will — und wird. Der Sonntag ist wie eine Atempause.

legung der beiden Ministerien, wie die bürgerliche Presse zu werden wolle, hätten nicht statgefunden, verucht man nun, das Arbeitsministerium auf eine andere Art und Weise verschwinden zu lassen. Auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Österreich und Böhmen und der nordwestlichen Gruppe des Vereins der Stahlindustriellen in Düsseldorf geht der bekannte Kommerzienrat Dr.-Ing. K. u. G. H. Oberhausen, eingehend auf die Angelegenheit ein. Nachdem er gegen die Sozialpolitik zu Felde gezogen, führt er unter anderem Folgendes aus:

„Es würde mich aber freuen, wenn die notwendige Verwaltungsreform zu dem Ergebnis führt, daß Arbeits- und Wirtschaftsministerium schon im Hinblick auf den innigen Zusammenhang zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr zum Schaden für die gesamte Wirtschaft weiter nebeneinander arbeiten. Ich teile mit einem großen Teil meiner Freunde die Ansicht, daß das Wirtschaftsministerium zweckmäßigerweise verschwindet und seine Aufgaben voll und ganz vom Arbeitsministerium übernommen werden.“

Also der Weg ist egal: Ob so oder so. Es kommt eben darauf an, die Bedeutung der beiden Institute in der sozialen Wirtschaftspolitik auszusprechen. Die Gewerkschaften werden alle Mittel in Bewegung zu setzen haben, um das zu verhindern. Wir haben ganz gewiß kein Vertrauen zum Arbeitsministerium. Trotzdem möchten wir diese Einrichtung nicht missen. Was wir verlangen, das ist, daß Männer dort sitzen, die das Vertrauen der Gewerkschaften rechtfertigen, die nicht den Unternehmern die Stiefel putzen. Also nicht Abbau, sondern Reorganisation zugunsten der Arbeiter und Angeestellten!

Unternehmerkrisse.

„Lieber die Steigerung des Lohnniveaus gibt „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen — wie sie sagt — „interessanten Aufschluß“. Sie führt die Lohnsteigerungen in der mittelbühnen Metallindustrie in der Zeit vom Januar 1924 bis September 1925 auf. Nach diesen Angaben sind die Löhne der Metallarbeiter um 74 %, der Klempner um 112 %, der Metallbrüder um 152 %, der Metallarbeiter sogar um 161 % gestiegen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ findet diese Zahlen deshalb interessant, weil man daran sehen könne, wie in Wahrheit die „Ausbeutung“ aussehe, die dem Unternehmer tagtäglich von der organisierten Arbeiterschaft bezogen würde.“

Auch wir finden an diesen Feststellungen manches Interessante. Wir sehen zum Beispiel, daß die mittelgehenden Wochenlöhne der oben angeführten Berufsgruppen in Höhe von rund 43 bis 62 M sich durchaus neben den Bauarbeiterlöhnen in Mitteldeutschland sehen lassen können. Wenn die Angaben stimmen — die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ läßt doch wohl nicht — dann ist das Gezei über die besonders „hohen Bauarbeiterlöhne“ also durchaus unzutreffend. Noch mehr interessiert es uns aber, daß die „Arbeitgeberzeitung“ nicht die Steigerung der Stundenlöhne, sondern die Steigerung der Wochenlöhne anführt. Aus diesem wohlüberlegten Unternehmerkrisis darf wohl geschlossen werden, daß die prognostizierten Erhöhungen der Wochenlöhne nicht eine entsprechende Steigerung der Stundenlöhne bedeuten, sondern zum guten Teil auf eine Verkürzung der werktätigen Arbeitszeit zurückzuführen sind. Die Arbeiter werden also, wenn auch nicht stärker, so doch länger „ausgebeutet“.

Wir Bauarbeiter müssen uns bei dieser Notiz an die bevorstehenden Besuche der Bauunternehmer zur Verärgerung der Arbeiterschaft im Auge behalten. Durch längere Arbeit — so sagte man uns — könnten wir leicht unser Einkommen verbessern. Wenn das geschehen wäre, würden die Bauunternehmer nun ebenfalls an den „hohen Wochenlöhnen“ der Bauarbeiter nachzusehen, daß deren Stundenlöhne viel zu hoch seien und unbedingt herabgesetzt werden müßten. Sie würden bei der Gegenüberstellung der Lohnsteigerung und der Steigerung der Lebenshaltungskosten nach dem Muster der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nicht an den ungewöhnlichen Tiefstand der Löhne im Januar 1924 erinnern, sie würden nur auf die Steigerung hinweisen und anstatt mit Stundenlöhnen mit Wochenlöhnen jonglieren. Die Notiz gibt also auch uns manchen „interessanten Aufschluß“; zugleich aber ist sie eine ernste Mahnung, im Augeverbe wie bisher am Achtstundentag festzuhalten.

Die Berliner Rechtsanwältinnen und das Arbeitsgerichtsrecht.

Am 30. Oktober hatten sich die Berliner Rechtsanwältinnen gemeinschaftlich veranlagt, um zu dem Arbeitsgerichtsentscheidungsrecht Stellung zu nehmen. Vertreter der Behörden, der Richterverbände und der Gewerkschaften waren ebenfalls anwesend. Es handelte sich natürlich um den Ausschluß der Rechtsanwältinnen in der ersten Instanz, so wie ihn der Gesetzentwurf in voller Übereinstimmung mit den Arbeiten und Angeestellten aller Richtungen vorsieht.

Fünf Berichterstatter waren dazu berufen worden, die unbedingte Notwendigkeit der Zulassung der Rechtsanwältinnen, am liebsten ausschließlich der Zulassung zu fordern, zu vertreten und zu begründen. Rechtsanwältin Saenger, München (sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter), Richter Dr. Schminke, Bremen, Professor Dr. Ripperdy, Köln, Justizrat Sauer, Köln, und Professor Dr. Szwoboda, Graz, traten alle in dasselbe Horn. Sie wollen im „Recht“ nur die „Wahrheit“ suchen, dieses Recht und diese Wahrheit sollen die alleinige Domäne der Richter und der Rechtsanwältinnen sein. Die Unternehmer und die Arbeiter sind dazu ungeeignet. Besonders die Gewerkschaften wollen das Arbeitsgerichtsrecht durch die Vereinfachung der Parteivertretung für die Inorganischen Parteien dazu benutzen, diese Inorganischen Angehörigen der Gewerkschaftsmehrheit zu werden. Dagegen wollen die Rechtsanwältinnen die „Freiheit“ der Inorganischen verteidigen. Die Gewerkschaften hätten kein Recht zu diesen Forderungen, da die Mehrheit der Arbeiter nicht Mitglieder der Gewerkschaften seien. Bei der Gewerkschaft der Gewerkschaften gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen

spiele die Angst der Gewerkschaftsführer, ihre Stellung zu verlieren“, ein Woll. Ein Rechtsanwältin äußerte, wenn das Arbeitsgerichtsrecht, so wie es der Entwurf vorsehe, verabschiedet werde, müsse der Reichsjustizminister zurücktreten, da er das „Recht“ nicht an Laien ausliefern lassen dürfe.

Das waren die „Hauptargumente“. Ein Vertreter der Richter sagte den Rechtsanwältinnen die vollste Unterstützung der deutschen Richter in diesem Kampfe zu; er gab der Forderung Ausdruck, daß dafür die Rechtsanwältinnen für die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte sowie an Stelle mit den Richtern kämpfen würden. Ein Vertreter der Bauunternehmer dankte den Rechtsanwältinnen für ihren mannhaften Kampf, der auch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft liege, die das Geld, um an den Gerichtshof zu fahren, nicht aufbringen könne (aber natürlich die Mittel hat, um die Rechtsanwältinnen zu bezahlen). Die alte Zeit müsse wiederkommen, wo man nicht mehr „Barwirtschaftsgeschäften“, sondern wieder „Dienstwagen“ habe. Die „sozialen Geseetze“ müsse man alle abschaffen.

Diesen Unsinns hörte sich die Elite der deutschen Rechtsanwältinnen, die wohlstädtischen Rechtsanwältinnen, ruhig an. Kein Protest wurde laut. Dem Redner wurde

Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Zensalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten. Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Idealen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen.
Karl Marx (Das Elend der Philosophie).

sogar am Schluß seiner „Ausführungen“ frenetischer Weisfall gependelt. Und die anwesenden sozialdemokratischen Anwälte sagten zu allem kein Wort. Sie vertreten sogar durch ihren stolzen Saenger ausdrücklich die „Ansicht“ der andern. Vom Arbeitsrecht, vom Gewerkschaftsrecht, vom Denken und Fühlen der Arbeiter und Angeestellten verspürte man in dieser Versammlung keinen Hauch. Nur den anwesenden Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen standen die Haare zu Berge.

Das zu schaffende Arbeitsgerichtsrecht wird die Verhältnisse aller Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften sehr einschneidend berühren. Die Gewerkschaften werden alle Energie aufwenden müssen, um drohende Gefahren zu bannen. Dabei müssen die Gewerkschaften die Richter und Rechtsanwältinnen als ihre Gegner ansehen. Glücklicherweise sind die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen darin einig, daß die Rechtsanwältinnen in der ersten Instanz nicht notwendig, sondern eine Gefahr sind. Die vollkommene Nichtigkeit dieser Auffassung hat die Versammlung der hauptstädtischen Rechtsanwältinnen erneut erwiesen.

Die Lage der Staatsfinanzen in den verschiedenen Ländern.

In Frankreich fühlte die verworrene Lage der Staatsfinanzen zum Sturm Callaux, dem es nicht gelang, die dringenden Finanzprobleme zu lösen. Die Ansicht, die zur Einführung der fälligen Schaßscheine bestimmt war, ende mit einem Mißerfolg, auch die Verhandlungen zur Regelung der Kriegsschulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Callaux wollte seine Steuerreform unter Schonung des Großkapitals durchführen. Ansehen war dieses, wie aus dem Mißerfolg der Ansicht hervorgeht, ihm keineswegs dankbar. So bleibt das französische Staatsbudget trotz der günstigen Wirtschaftslage des Landes weiter un-ausgeglichen. Verschlechtert hat sich die Lage des Staatsbudgets in England, wo die ungünstige Wirtschaftslage die Steuereingänge nachteilig beeinflusst, weshalb für das laufende Jahr ein Defizit befürchtet wird. Aus denselben Gründen ist die Wiederherstellung des Gleichgewichts im polnischen Budget, die durch die große Vermögensabgabe eingeleitet wurde, in Frage gestellt. Das österreichische Budget ist zwar in Ordnung, indem Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen sind, doch wird dies durch das drückende System des vom Österreichischen Oesterreich ausgehenden Vermögensabgaben teuer erkauft. Die Ausgaben dürfen nicht erhöht werden, selbst wenn höhere Einnahmen zu erzielen wären, weshalb der Staat nicht in der Lage ist, die nötigen Entlagen zu machen und seine Verbindlichkeiten zu verringern.

Auch Ungarn hat auf Grund seines durch den Rückgang kontrollierten Sanierungsbudgets den Staatshaushalt in Ordnung gebracht, ja, es wurde dort im jetzt abgelaufenen Steuerjahr statt des vom Rückgang vorhergesehenen Defizits von 100 Millionen Kronen ein Ueberschuß von 51 Millionen Kronen erzielt. Dieser Erfolg konnte aber auch in Ungarn nur auf Kosten der Wirtschaft, der die nötigen Kapitalien entzogen wurden, erzielt werden. Das Gleichgewicht des Staatsbudgets wurde in der letzten Zeit ferner hergestellt in Belgien und der Tschechoslowakei, wenn auch in diesen beiden Ländern neben dem ordentlichen auch noch außerordentliche Staatsbudgets vorhanden sind, die auf dem Anleihegewedel werden müssen. Bemerkenswert ist die jüngst ge-

schehen Sanierung des griechischen Staatsbudgets, was durch sparsame Sparmaßnahmen auf der Ausgabe-seite und durch Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer auf der Einnahmenseite erzielt wurde, des weiteren das mexikanische Staatsbudget, das im vorigen Jahr noch infolge des Bürgerkrieges ein großes Defizit zeigte. In diesem Jahre wurde dies in einen Ueberschuß umgewandelt. Zum erstenmal seit dem Krieg wurden die Staatsfinanzen in Italien und in Indien im Gleichgewicht gebracht. In beiden Ländern geschah dies jedoch unter Ausnutzung der Steuerkraft der freien Waren und Regalierung der Befehden. Auch Rußland gelang es, das Defizit aus seinem Staatshaushalt auszuschalten. Neben Frankreich sind noch erhebliche Defizite der Staatshaushalte vorhanden in Spanien und Portugal, in den überseeischen Ländern in China, Brasilien, Argentinien und Südafrika. Das Staatsdefizit in Spanien wird durch den Marokkorkrieg, in China durch die Unmacht der Zentralregierung mit verursacht.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß es mit der Zeit den meisten Ländern gelungen ist, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Indessen kannte dies überall nur durch einen erheblichen Steuerdruck erreicht werden, der um so schwerwiegender ist, als das Volkseinkommen in den meisten Ländern zurückging. Die Regierungen des Westens, Dänemark, Schweden, Norwegen, für Deutschland auch Reparationsleistungen, große Ausgaben für das Heer im Frankreich und Polen, lassen die Staatsausgaben überall gewaltig aufschwellen. Verschärfend kommt hinzu, vor allem in Ländern, wo die politische Macht des Kapitals neu erstarrte, die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung. Das Gleichgewicht der Staatsfinanzen wurde in den meisten Ländern durch Einführung von Steuern erzielt, die die Lasten auf die schwächsten Schultern legen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Bauhütten.

Bei dem jetzigen Zustand der Bauwirtschaft, wo die Kommunen in erster Linie Träger der Bauwirtschaft sind, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß in Gemeinden mit einer Arbeitermehrheit in den Parlamenten unsere Bauhüttenbetriebe eine gewisse Unterstützung in ihren gemeinschaftlichen Bestrebungen finden. Das ist jedoch nicht immer der Fall. So kann der Beschluß eines Stadtratordnenkollegiums, die Bauarbeiten unter allen Umständen an den billigsten Unternehmer zu vergeben, ein durchaus un-gerechtfertigter Zurücksetzung der Bauhütten bedeuten. Denn die allgemeine Ansicht, die Bauhütten könnten, am liebsten arbeiten, trifft nicht immer zu. Wir müssen hier in Erwägung ziehen, daß die Vergabe der ersten Siedlungshäuser durch die Stadt wahrnehmen, daß kleinerer Unternehmer um 4 bis 6 % billiger waren als die Bauhütte. Bei einem später ausgeführten Schulneubau ging die Bauhütte wohl als billigste aus dem Wettbewerb hervor. Die Sache wurde dann aber so gehandhabt, daß ein Unternehmer um einen Bruchteil billiger wurde als die Bauhütte. So erging es der Bauhütte bei sämtlichen Bauarbeiten, die die Stadt ausführen ließ. Immer waren Privatunternehmer billiger als die Bauhütte.

Wie ist das zu erklären? Hier in Grimnitzkau sind die meisten von der Stadt vergebenen Arbeiten Siedlungshäusern, die alle die gleichen Maße und Massen aufweisen. Geringst es nun der Bauhütte, bei einer ersten Ausschreibung am billigsten zu sein, so kann man mit Bestimmtheit erwarten, daß beim nächsten Mal einige Unternehmer billiger sind als die Bauhütte. Die Unternehmer müssen eben genau, wie das Angebot der Bauhütte ausfällt, und unterbieten es auf jeden Fall. Zur besseren Veranschaulichung ein ganz besonders krasser Fall. Die Stadt Grimnitzkau schrieb zum zweiten Male die Erd-, Mauer- und Betonarbeiten zu einem zweigeschossigen Vierfamilienhaus aus. Der Geschäftsführer der Bauhütte leitete bei der Auktion Selbstkostenpreise ein. Von diesen Selbstkosten wurden noch 10 % in Abzug gebracht, wodurch das erste Angebot um 110 % heruntergebrückt wurde. Am Tage der Vergabe zeigte sich, daß ein ganz kleiner Krauer noch 1200 A billiger war als die Bauhütte. Dieser Unternehmer hatte sein erstes Angebot nochmals um 20 % heruntergesetzt. Bei solchen Submissions-ergebnissen muß man sich fragen, ob dabei eine reelle Ausführung der Arbeit möglich ist. Darauf kommt es aber doch hauptsächlich an. Nun ist ja bekannt, daß die meisten städtischen Baumeister keine Freunde der Bauhütten sind. Schon wegen der scharfen Kontrolle müssen die Bauhütten besonders saubere und exakte Arbeit leisten. Wer aber saubere und nette Arbeiten ausführen will, muß mit seiner Kalkulation vorsichtig sein, sonst geht er im Konkurrenzkampf unter. Dieser Kampf ist hier in Grimnitzkau in aller Schärfe erkannt, durch die Wirkung der Bauhütte. Die Unternehmer suchen mit allen Mitteln die Bauhütte niederzukämpfen. Besonders die kleinen Unternehmer sind dabei in mancher Beziehung im Vorteil. Sie sparen die Gehälter für außerordentlich viele und technische Angestellte. Nur noch geringere Bedeutung für uns ist aber, daß auch vielfach die tarifmäßigen Löhne nicht gezahlt werden. Besonders trifft das zu auf die Zuschläge für Holz- und Biegelträger. Das können und dürfen unsere Bauhütten nicht mitmachen. Sie sind in erster Linie zur Durchführung der vereinbarten Tarife verpflichtet. Die Mitglieder der Gemeindeparlamente aber sollen auch bedenken, daß die Senkung der Baukosten, die durch diesen Konkurrenzkampf entsteht, nur den Bauhütten zu verdammen ist. Es liegt also im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden, wenn sie die Bauhütten auch in diesem Konkurrenzkampf unterstützen. Von jedem Arbeiter aber muß die Bauhütte verlangen, daß er von sich aus seine ganze Kraft einsetzt, und im Interesse des Ganzen noch mehr arbeitet als beim Unternehmer. Brusthüter für Faulenzer können die Bauhütten nicht sein. Wollen wir unsere Betriebe hochbringen und konkurrenzfähig halten, dann müssen wir unsere Pflicht erfüllen und dementsprechende Arbeit leisten. Das heißt sehr schaffen, kommt unsere Nachfolger gut. Darum braucht man noch keine Nachkommen aus den Bauhütten zu machen. Unsere Nachfolger werden uns diese Arbeit danken. Arbeiter wir, um zu stehen, liegen wir, um die Werte des Kampfes zu genießen.

Karl Fieker, Grimnitzkau I. S.

12 000 Mark für eine halbe Stunde.

Neben die Löhne einzelner Arbeitergruppen zerbicht man sich den Kopf, obwohl sie im Vergleich zur Löhnerarbeit nicht einmal die Reallohne der Friedenszeit erreichen.

Table with 2 columns: Description of legal proceedings and their duration/cost, and Amount in Mark.

Das sind einzelne Beispiele, die, wie die Schriftleitung der 'Wirtschaftlichen Nachrichten' hinzusetzt, durchaus nicht vereinzelt dastehen.

Wucher im Seefischhandel.

Gegenwärtig sind die Fangergebnisse der Seefischerei sehr gut. Deshalb sind die Preise, die die Fischer für ihre Fänge bekommen, sehr niedrig.

Table showing prices for various fish species (Schellfisch, Kabelau, Grüne Serringe, etc.) in different quantities.

Es ist einfach unerhört, wie das Volk bewundert wird! Solche Zugewinnemachen stellen das Größte dar, was man auf diesem Gebiete bislang erlebt hat!

Der verpackte Preisabbau

Seit dem 8. August, als Aufbruch im Reichstag das Versprechen der Regierung abgab, vom 1. Oktober an die Preise zu senken, will das Verbot über den Preisabbau nicht mehr verkommen.

Interessant ist, was man von den Anstrengungen der Regierungen der Einzelhändler in der Richtung der Preisreduzierung vernimmt. Namentlich ist es ergötzlich zu sehen, wie sich ausgeprägte Rechtsregierungen an der Sache vorbeizubringen suchen.

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz muß ebenfalls zusehen, daß die Preisreduzierung ins Wasser gefallen ist. In ihrem Aufbruch ließ man: Das Ministerium hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bestrebungen der Reichsregierung, die Preise vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht, beziehungsweise ungenügend unterstützt werden.

Bei den Warenartikeln haben sich die Einzelhändler sehr euerlich gegen den Preisabbau gewehrt, wenn dabei auch die Abstrafe erzwungen wurde.

in der Zigarettenindustrie aus. Hier ist es dem Zusammenarbeiten von Regierung und Großbetrieben gelungen, trotz der neuen Steuerbelastung die alten Marken und ihre Preise zu halten.

Es gibt auch noch andere Kreise, die über den Erfolg der Preisreduzierung der Regierung sehr pessimistisch urteilen. So schreibt die Dresdner Post in ihrem Monatsbericht vom 1. November: 'Noch sind die einer durchgreifenden Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehenden Erscheinungen nicht beseitigt, und die für die Beurteilung der allgemeinen Hochkonjunktur maßgebenden Inhabergruppen befinden sich noch im Widerstreit'.

Trotzdem redet man noch immer vom Preisabbau. Die ganze Aktion wird zu einem großen Fiasko. Trotzdem können die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einem Preisabbau beitragen, und zwar durch Massenbeitritt in die Konjunkturvereine.

Rückertattung von Lohnsteuer.

- 1. Rückertattung wegen Verdienstausfall. 2. Der Arbeiter, der durch Krankheit, Erwerbslosigkeit, Streik oder Ausbürgerung nicht in den Genuß des vollen steuerfreien Jahresbetrags gekommen ist, hat Anspruch auf Rückzahlung der Lohnsteuer.

Bei wirtschaftlicher Notlage durch Unglücksfälle, Krankheits- oder Todesfälle in der Familie ist die Finanzämter verpflichtet, für die Jahre 1924 und 1925 den abgezogenen Steuerbetrag ganz oder teilweise zurückzuerstatten, wenn die besonderen Umstände durch Rechnungen belegt oder dem Finanzamt in anderer Form glaubhaft nachgewiesen werden.

Beispiele zur Rückertattung wegen Verdienstausfalls. 1. Maurer A., verb., 2 Kinder, 1924 23 Wochen frant.

Table showing tax calculation for a mason with 2 children, 1924 23 weeks unemployed.

2. Gipser G., verb., 2 Kinder, 1924 14 Wochen arbeitslos (Beispiel nach der Lohnliste).

Table showing tax calculation for a plasterer with 2 children, 1924 14 weeks unemployed.

Beispiele zur Rückertattung wegen wirtschaftlicher Notlage.

- 1. Das Kind des Arbeiters J., verunglückt beim Spielen, bricht den Fuß. Kosten für Arzt und Krankenbesuch 80 Mk. 2. Die Ehefrau des Maurers G. (verheiratet, 3 Kinder) wird operiert.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Table showing unemployment statistics for the German Building Workers' Union as of October 26, 1925, broken down by region and profession.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit hält an. Von der Zählung ersicht wurden diesmal 346 517 Mitglieder gegen 351 491 in der vorigen Woche. Davon waren 22 304 arbeitslos.

Streiks und Lohnbewegungen. Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischlerarbeiter: Geisert sind: Emoch, in Düsseldorf; Fels & Franke, in Brummen; die Firma Söllinger, Vörschlag (Feldbauarbeiter), in Niederlahrsheim; die Stillner Schmollefabrik, Siegen.

Tischler: Geisert sind für Drenseger: Stargard i. P., Stolp i. V., Straßburg (Firma Franz Winterfeld).

Danzig. Nachdem wir, weil der Vorhändler des Tarifamtes einen Lohnabbau vollaufen wollte, das Tarifamt verlassen, hatten die Unternehmer den amtlichen Schlichtungsausschuß angerufen und dort beantragt, die Löhne für Dezember um 2 1/2 % für Ungelernte um 3 1/2 % die Stunde abzubauen; außerdem verlangten sie, zu beschließen, das Tarifamt könne auch dann eine Entschädigung fällen, wenn die Arbeiterbesitzer das Tarifamt verlassen.

Die Verhandlungen über den Lohnabbau damit, die Danziger Tischler und das Bauergewerbe in besonderem Maße am 20. und 21. November, und eine Besetzung der Gewerkschaft bei den jetzigen Löhnen je unmöglich. Doch eine solche Begründung zur Senkung der Löhne und der Lautstärke grundlos ist, wurde den Unternehmern und dem Schlichtungsausschuß deutlich von uns gezeigt.

Mieinland-Westfalen. Die Nachverhandlungen über den Schlichtungsprotokoll vom 4. November fanden am 9. November in Köln statt. Auch in dieser Verhandlung, die Dr. W. Brecht, Berlin, leitete, war eine Einigung nicht möglich.

beschlüssen Lohnverhandlung geführte Streit. Daß der Baugewerksbund diese Zurückhaltung nicht mitmachte, erregte Unruhe in den Reihen unserer Kollegen. Diese Unruhe wurde von verantwortungslosen Elementen benutzt, um Mißtrauen gegen Bundesleitung und Baugewerkschaftsvorstand in die Reihen der Mitglieder zu tragen. Ein gewisser Burkhardt verfügte sich sogar dazu, Sonderkonferenzen und -versammlungen abzuhalten. Die Bundesleitungen glaubte er, nicht anzuerkennen zu brauchen; denn die seien ja von den Vorgesetzten, um den Mitgliedern zu dienen. Burkhardt ist daraufhin auf Antrag der Baugewerkschaft vom Bundesvorstand aus dem Bund ausgeschlossen. Nach der Aussprache über den Bericht brachte die Versammlung in einer Entschließung zum Ausdruck, daß der Ausschluß Burkhardts gebilligt werde und der Vorstand verpflichtet sei, gegen alle, die da glauben, die Bundesleitungen nicht beachten zu brauchen, nach den statutarischen Bestimmungen vorzugehen. Dann referierte Kollege Dorries über den Verlauf des Kampfes im Baugewerbe und die bevorstehenden Kämpfe. Anschließend wurden noch einige Organisationsfragen behandelt, die Maßnahmen des Bundesvorstandes betreffend. Die Bezahlung der Kampfbeiträge wurde gutgeheißen. Die im Werkblatt Nr. 11 enthaltenen Anmerkungen wurden den Kollegen zur Kenntnis gebracht. Zu einem vom Bezirksausschuß des ADGB veranstalteten, im November in Jena stattfindenden Kursus wurde Kollege Dorries delegiert.

Köln. (Eine Verleumdung niedriger Gehälter!) Bei einem Lohnstreit zwischen einem Plattenleger und dem Vertreter seiner Firma, einem Herrn Albert Schmitz, behauptete dieser, der Angestellte des Baugewerksbundes habe anlässlich eines Prozesses am Oberberggericht, als Vertreter eines Arbeiters, zu Schmitz gesagt: „Können Sie eine gute Flasche Wein trinken, denn ist die Sache aus der Welt.“ Herr Schmitz wollte dann Schmitz die Verleumdung nicht geübert haben; schließlich mußte er es aber nach der Zeugenerklärung doch zugeben. Es kam dann folgender Vergleich zustande: „Der Beschuldigte nimmt die Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und zahlt als Sühne 20 M zugunsten der Arbeiterwohlfahrt zu Händen des Klägers. Der Beschuldigte trägt die Kosten. Der Kläger behält sich das Recht vor, von diesem Vergleich zurückzutreten, falls der Beschuldigte nicht bis zum 2. November 1925 Sühne und Kosten bezahlt hat.“ Öffentlich ügelt Schmitz künftig seinen Drang, die Arbeiter untereinander zu bringen.

Treuenbütze. Der Abend des 7. November war hier der Ehrung unserer Jubilare gewidmet. 19 Kollegen erhielten die Ehrenurkunde. Kollege Wilhelm Schulz aus Brandenburg hielt die Festrede. Er hat vor 29½ Jahren unsere Organisation begründet, war also zu dieser Hebe der Berufener. Er gedachte der früheren Kämpfe der Bauarbeiter und ermahnte die jungen Kollegen, mit den Alten zu meistern im Streben für unsere Bundesziele. Mögen die Jungen von den Alten lernen, was die Alten begonnen! — Erst im vorgedruckten Morgenblatte fand die erhebende und wohl-gelungene Feier ihr Ende.

Aus den Fachgruppen.

Asphaltierer.

Berlin. Die Berliner Asphaltarbeiter hatten ihr Lohnabkommen gekündigt und um eine Verhandlung mit den Unternehmern nachgehakt. Die letzten eine Verhandlung ab, eine Auslieferung der Löhne könne bei der jetzigen Preissteigerung nicht mehr in Frage kommen. Wir riefen dann den Schlichtungsausschuß an, der am 6. Oktober einen Schiedspruch fällte, wonach das bisherige Lohnabkommen weiter gilt und allwissentlich gekündigt werden kann. In einem solchen Schiedspruch tragen unsere eigenen Verursacher die Schuld. Die Organisationsverhältnisse in den Betrieben lassen so außerordentlich viel zu wünschen übrig, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Geschichte auf dem alten Pfad stehen bleibt. In einer Versammlung, die am 6. Oktober stattfand, wurde nach einem Bericht des Kollegen Törnig beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen und das Lohnabkommen zu kündigen. In der dann folgenden Verhandlung lehnten die Unternehmer wieder die Löhne sehr hoch; außerdem sei auch keine weitere Preissteigerung in den Lebensmittelpreisen vorhanden. Nun soll der Schlichtungsausschuß von neuem entscheiden.

Fortsetzung. Hier sprach Kollege Törnig, Berlin, über unsere Betriebs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zu dieser Versammlung waren auch die Kollegen aus Paderborn erschienen. In recht unangenehmer Weise äußerte sich die Versammlung über das frühere Mitglied A. M. M. in Paderborn. Immer ist über der Organisation ausgetreten und jetzt wahrscheinlich stiller Zeithaber des Geschäfts. Er soll die Leute mit Bier und Schnaps füttern; damit gewinnt er sie dann für längerer Zeit, so daß die tägliche Arbeitszeit keine Grenze mehr kennt. Die Kollegen mögen auf solche Machenschaften weit scharfer als bisher ihr Augenmerk richten.

Köln. Seit langer Zeit fand hier eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung statt. Die Zustände in Köln hatten sich recht unangenehm entwickelt. Persönliche Bekehrungen mochten einen Auftrieb der Verwaltungsfälle unmöglich. Kollege F. v. L., Berlin, sprach über die wirtschaftliche Lage der Asphaltarbeiter. Die solche Haltung der Kollegen in Köln zur Organisation müßte verschwinden. Die einst so gute und starke Organisation der Kölner Asphaltarbeiter müsse sich auch im Baugewerksbund wieder ihre frühere Stellung erwehren. Jetzt mit den persönlichen Streitigkeiten — Die Aussprache trat eine Hart persönliche Lage. Wegen Sturz wurden Vorwürfe erhoben, die von anderen Rednern zurückgewiesen wurden. Im Schlußwort machte Link eindringlichst auf Einheit. Man möge endlich die persönlichen Meinungen ausschalten und sich lediglich um die Organisation kümmern. Nur dann wird es möglich sein, die Fachgruppe der Asphaltarbeiter Köln in der Baugewerkschaft Köln zu dem zu machen, was sie früher als selbständige Organisation war. Mögen die Kollegen dies endlich beherzigen!

Glas.

Hannover. Die Differenzen im Glasergewerbe haben sich verschärft. Die letzten Verhandlungen haben zu keiner

Einigung geführt. Auf jeden Fall wollten die Glasmeister ihre Forderungen durchsetzen, wonach, wenn 9 Stunden gearbeitet werden muß, die neunte Stunde nicht als Ueberstunde zu gelten habe. Sie behaupten: Wenn die Arbeitervertreter darauf eingingen, wäre auch die Ferienfrage gelöst. Auf eine solche unwürdige Zumutung hin beschloßen die Arbeiter die Arbeitsniederlegung. Trotz nochmaligen Verhandlung gingen die Unternehmer von ihrem Standpunkt nicht ab. Die Arbeitsniederlegung wurde daher zunächst für ein Jahr vorgenommen. Als Antwort hierauf haben die Glasmeister in ihrer Versammlung vom 9. November die Ausspernung aller organisierten Arbeiter beschlossen. Zum Teil ist die Ausspernung auch schon an diesem Tage in Kraft getreten. Es geht jetzt in diesem Kampfe nicht nur um die bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Organisation der Arbeiter. Die Glasmeister wollen die Organisation der Arbeiter vernichten. Dieses „söbliche“ Vorgehen wird natürlich nicht gelingen. Es liegt an allen Glasergewerkschäftlern, einen Streik der Unternehmer mit aller Kraft abzuwehren. Strengstens zusammenhalten ist unbedingt notwendig! Nur dann werden wir unsere einmal erworbenen Rechte aufrechterhalten können.

Steinfeger.

Frankfurt a. M. Hier hat sich in diesem Jahre nun auch langsam die Affordarbeit im Straßenbauergewerbe durchgesetzt. Eine vertragliche Regelung darüber bestand bisher nicht, so daß in der Antiochse die reine Anarchie herrschte. Im Rahmen des Arbeitsvertrages vom 12. Juni 1912 sollte nun eine vertragliche Regelung der Affordlohnfrage abgehandelt werden. Außerdem sollten in einer besonderen Tarifvorlage alle Fragen geregelt werden, auf die die Steinfeger nach dem Arbeitsvertrag im Straßenbauergewerbe einen vertraglich festgesetzten Anspruch haben. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe lehnte aber jede Verhandlung auf einer solchen Grundlage ab. Deshalb blieb den Steinfegern nur noch die Arbeitsniederlegung übrig. Am 22. Oktober wurde die Arbeit eingestellt. Am 2. und 3. November kam es dann zu Verhandlungen. Die Affordarbeit im Rahmen des Arbeitsvertrages vom 27. Juni 1912 wurde mit einem Aufschlag von 55 % auf die Affordlohnfrage der Vorzeitszeit geregelt. Der tarifliche Stundenlohn, der zur Zeit für Steinfeger 1,32 M beträgt, wird bei Affordarbeiten garantiert. Im übrigen gelten in der Arbeitszeit, Verkehrsvertretung und die mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe vereinbarten Bestimmungen für das Baugewerbe. Die darüber hinausgehenden Ansprüche der Steinfeger auf eine allgemeine Regelung nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages wurden von den Unternehmern abgelehnt. — Der Verlauf dieses Streiks wurde durch das Eingreifen der städtischen Straßenbauinspektion des Tiefbauamtes ungünstig beeinflusst. Neben den 179 Steinfegern, die in den privaten Unternehmernbetrieben in Frankfurt a. M. die Arbeit niedergelegt hatten, werden nämlich zur Zeit noch ungefähr 55 Steinfeger im städtischen Eigenbetrieb beschäftigt, die zum großen Teil im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert sind. Obwohl die dem Deputationsrat der städtischen Straßenbauinspektion, dem Magistratsrat W. P. P. vor der Arbeitseinstellung von den Differenzen im Straßenbauergewerbe Kenntnis gegeben und er uns zugesichert hatte, der Straßenbauinspektion sei kein Anlag gegeben, zugunsten der Privatfirmen einzutreten, obwohl weiter dem Stadtverordneten Ege vom Deputationsrat des Tiefbauamtes, dem Stadtrat Schulze, die Zustimmung gegeben war, daß nur solche bestreikte Arbeiter fortgeführt würden, wo Unfallgefahr besteht und das Tiefbauamt auf Grund des Haftpflichtgesetzes schadenersatzpflichtig gemacht werden kann, wurden von städtischen Amtsbeamten Maßnahmen ergriffen, die den Streik alle dringenden Arbeiten, die von uns bestreikt wurden, mit städtischen Steinfegern besetzt. Man verschonte sich dabei hinter angeblich inspyischen von der Polizeidirektion ergangene Weisungen, die als Verleumdung bezeichnet werden, zur Fortführung der bestreikten Arbeiten. Vom Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB wurde aber festgestellt, daß solche Weisungen von der Polizeidirektion an das Tiefbauamt gar nicht ergangen waren. Es mußten dann auch nach einigen Tagen von den bestreikten Arbeitsstellen die städtischen Steinfeger zurückgezogen werden. Bei der dringenden bestreikten Arbeit jedoch, dem Straßenbau in der Danauerlandstraße, wurden die Pfostenarbeiten im Gleisbereich und zu den Einfahrten während des Streiks zu Notstandarbeiten getempelt, an denen städtische Steinfeger in den 15 Tagen des Streiks weiterarbeiteten. Dabei ist charakteristisch, daß der Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes ganz allgemein die Auffassung vertritt, alle bestreikten Straßenbauarbeiten, die nach Weisungen der Polizeidirektion vom Tiefbauamt fortzuführen sind, gelten als Notstandarbeiten, die von den städtischen Steinfegern bei einem Streik unbedingt auszuführen und fertigzustellen sind. Dieser Auffassung widersprechen wir ganz entschieden, da bei einer solchen Auffassung das Streikrecht der Steinfeger zu einer Farce würde. Auch bei diesem Streik zeigte sich wieder die arbeitgeberfeindliche Einstellung dieser städtischen Behörde. Allerdings können solche arbeitgeberfeindliche Maßnahmen nur durchgeführt werden, solange sich die städtischen Steinfeger zu solchen Standlängerdiensten bereitfinden. Würden die in den städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen Solidarität üben, dann blieben die arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen des Amtsbeamtes ohne wirkunglos. — Die Arbeit wurde am 6. November mit Abschluß der erwähnten Vereinbarungen wieder aufgenommen.

Stukkateure und Puffer.

Magdeburg. Hier wurden die Löhne zuletzt im März 1925 durch eine vorläufige Abmachung geregelt, worin der Lohn auf 20 % über den Maurerlohn festgesetzt wurde. Ueber andere tarifliche Fragen war keine Einigung zu erzielen. Auch alle Verträge einer Regelung für die Provinz Sachsen oder für Magdeburg, im Anschluß an den Thüringer Tarif und den für den Freistaat Sachsen, schickerten an der Einspruchsfrist der Unternehmer. Unsere Kollegen haben die Sache solange ruhen lassen. Nun hat eine Fach-

gruppenversammlung die Verbesserung des Lohnes ohne Rücksicht auf den Maurerlohn und die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses verlangt. Am 2. November ist darüber mit den Unternehmern verhandelt worden, die aber keine Verbesserung des Lohnes ablehnten, weil Magdeburg mit anderen Städten nicht gleichgestellt werden könne. Die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses scheint die Herren ganz besonders abzuhängen. Ueber die Auslösung — die noch drei Stundenlohn beträgt — und über die Ferienfrage wurde viel gesprochen, jedoch lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab. Seit langem hat hier im Baugewerbe Ruhe geherrscht. Die jetzige Einstellung der Unternehmer wird einen Kampf unermesslich machen. Eine gut besetzte Versammlung am 5. November nahm den Bericht über die Verhandlung entgegen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die einen Vertrag ausarbeiten soll, den wir zur geeigneten Zeit den Unternehmern unterbreiten und mit den geeigneten Mitteln zur Durchführung bringen werden. Beschlossen wurde noch, daß kein Kollege für den jetzigen Auslösungssatz nach auswärts fahren darf. Es soll überall der Betrag von 6 M je Tag, den ein Geschäft bereits zahlt, gefordert werden. Wir machen die Stukkateure aufmerksam, daß Magdeburg jedenfalls bald Kampfpfad sein wird, daher ist Bezug zu vermeiden.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Neumünster. Die Sperre über die Ofenfirma G. Harber ist aufgehoben. Die dort beschäftigten Ofenarbeiter haben sich dem Bund angeschlossen, so daß ein weiterer Grund zur Aufrechterhaltung der Sperre nicht mehr vorliegt.

Magdeburg. Die Unternehmer haben bisher die berechtigten Forderungen der Ofenfeger, den Stundenlohn auf 1,30 M zu erhöhen, abgelehnt. Es besteht wenig Hoffnung auf eine Einigung, vielmehr steht die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung in sicherer Aussicht. Wir warnen alle auswärtigen Kollegen vor Arbeitsaufnahme in Magdeburg!

Sameln. Wir machen die Ofenfeger darauf aufmerksam, daß Umgehungen nicht gestattet ist. Alle arbeitenden Kollegen müssen sich an unsere Geschäftsstelle, Hermannstraße 26, wenden.

Ferien für Ofenfeger. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß Ferienkarten und Ferienverträge beim Bundesvorstand zu erhalten sind. Die Unternehmer sind darauf hinzuweisen, daß Marken nur von der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in München, Sendlingerstraße 28, zu beziehen sind. Es ist weiter darauf zu achten, daß auf je 4 M Verdienst eine Marke von 10 J zu haben ist; das Kleben der Marken hat nach Beendigung der Ferien von neuem zu beginnen. Der Vertrag ist für verbindlich erklärt, folglich müssen alle Unternehmer, ob organisiert oder nicht, die Ferienmarken Kleben. Wo dies nicht geschieht, können die Unternehmer mit Erfolg verklagt werden.

Submissionsliste. In der „Neuen Deutschen Tageszeitung“, dem Blatt der Ofenfeger, lesen wir: „In Anklam soll das Finanzamt umgebaut werden. Auf ein Preisausgeschrieben wegen neuer hunder Ofen. Umgeben einiger alter Ofen und kleinerer Arbeiten haben fünf Aufgebote die nachfolgenden Preise ab: Straßburg 6682,30 M, Eutinmünde 5274 M, Anklam 4426,15 M, Anklam 3835 M, Greifswald 3590 M. Zwischen höchster und niedrigster Forderung besteht somit ein Unterschied von 3042,20 M.“ Dazu kommt, daß der Greifswalder Unternehmer nach Auslösung zahlen muß. Wie sich die Unternehmer mit dieser Konkurrenz abfinden, ist ihre Sache. Unsere Aufgabe wird sein, dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Lohnforderung in Greifswald ein Lohn gezahlt wird, der dem anderer Orte mindestens gleichkommt. Andernfalls würde die Steigerung der Löhne in Orten mit höheren Tarifen sehr erschwert werden.

Tätige Stachel u. Einigungsformer. St. 1. dauernde Arbeit ein Ostsee-Kreuz, Kreis- und Zonenarbeit, u. unangew. Bezirk-Dalle. **Josef C. Leichter,** die in Hildesheim beantragt sind. Neut. ein **W. G. Eberle,** a. d. Wöbel-Planstraße 8.

Wichtiges, selbständig arbeitender Ofenfeger bei behoben Affordlohn sofort gesucht. **Wittler & Wöbel, Mainz am Rhein, Kaiserstraße 18.**

Vom Bau.

Dresden. (M. f. a. l.) Auf der Baustelle Böpetow der Siedlungsgesellschaft Dresden A.-G. wurde am 12. Oktober mit Hilfe eines beweglichen Kranes der Lehm für die Einschneidebänke nach oben transportiert. Der Arbeiter Wilhelm Mahnfried war damit beschäftigt, den Lehm oben auf der Welle zu verteilen. Infolge zu starker Belastung brach die Geschloßbede durch und Mahnfried stürzte mit in die Tiefe. Er zog sich dabei eine schwere Interkostals- und Rippenverletzung zu. Eine Anfrage der Dresdener Bauarbeiter-Kommmission, die von der Hauptpolizei Mitteilung über die Ursache des Unfalls wünschte, ist unbesandwortet geblieben. Auch die Siedlungsgesellschaft A.-G. hat sich noch nicht bemühigt gefühlt, unsere Anfrage zu beantworten. Ueber die Arbeit mit diesem Kran laufen so wie so fortwährend Klagen ein. Wir haben selbst beobachtet, daß der Kran die Biegel- und Mörtelkisten über die Köpfe der darunter arbeitenden Maurer und Hilfsarbeiter hinwegführt. Es ist also Pflicht unserer Delegierten auf der Baustelle, zum Beginn der neuen Saison ganz besonders darauf zu achten, daß Unfälle, die durch den Kran entstehen könnten, vermieden werden.

Karlruhe. (Schwarzengastalperre.) Der Sohn unseres Zahlkellnervertrauensmannes Kiefer aus Buchhauern stürzte am Stauwerk Schwarzenbach von der Sperrmauer ins Wodden und erkrank. Kiefer war bei der Herstellung der 80 Meter starken Schutzschicht aus Beton beschäftigt. Nach Fertigstellung dieser Arbeit am Block 4 erhielt er den Auftrag, sich nach Block 2 zu begeben. Die Entfernung bis zum Block 2 (50 m) konnte innerhalb der Schalung zurückgelegt werden. Obwohl unweitestgehend feststand, daß Block 2 betoniert werden sollte, muß Kiefer über den Abbruch von Block 2 nach Block 1 geklettert und dabei abgestürzt sein. Die Höhe von der oberen Kante des Mauerwerks bis zum Wasserpiegel beträgt an der Stelle 20 m, die Wasserhöhe 36 m. Kiefer hatte lange Betonstiefel an. Trotzdem sofort Rettungsversuche unternommen wurden, ist es nicht gelungen, den Verunglückten zu bergen. Die Firma hat sich bereit erklärt, einen Zauber zu stellen, der die Beilege suchen soll. Ob der Verunglückte tatsächlich allein die

Schuld an dem Unfall trägt, wird die weitere Untersuchung ergeben. Die vielen Unglücksfälle auf dieser Baustelle lassen unheimlich den Verdacht aufkommen, daß doch wohl an dieser Stelle nicht alle Vorkehrungen getroffen waren, um diesen beauerntlichen Unglücksfall zu vermeiden.

Allgemeine Rundschau.

Ustaf Mohnt 65 Jahre. In letzterem Künftigkeit vollendete unser Bundessekretär Ustaf Mohnt am 10. November sein 65. Lebensjahr. Seit 1899 zweiter Vorsitzender des Bauhilfsarbeiterverbandes, wurde er beim Zusammenschluß dieses Verbandes mit dem Maurerverband als Stellvertreter des neugegründeten Bauarbeiterverbandes eingesetzt, welches Amt er auch heute noch in der an ihm gewohnten frischen, mit Fleiß und Ausdauer im Baugewerkschaftsbund und bekleidet. Wir wünschen unsern Freunden zu seinem Lebensjubiläum von Herzen Glück. Mögen ihm noch recht lange Jahre der Gesundheit und Nützlichkeits beschied sein!

Hermann Greulich. Mit ihm ist ein Dreiundachtzigjähriger dahingegangen, einer der ganz Alten der Arbeiterbewegung, der Senior in der Führerschaft der Arbeiterinternationalen. In Zürich hat er, ein geborener Breslauer, gelebt und gewirkt. Immer war er voran in der Aufklärung und Organisierung der Massen. Schon 1870 wurde er der Sekretär der Schweizer Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. Um die gleiche Zeit wurde er erster Beauftragter des Züricher Arbeiterklubs, welches Amt er bis 1880 inne hatte. Neben diesen Arbeiten widmete sich Greulich hervorragender der sozialpolitischen Tätigkeit. Daraus wurde er der Leiter des statistischen Bureaus im Kanton Zürich. Diese Staatsstellung verlieh er bald, er folgte dem Ruf seiner Genossen in das Schweizerische Landesarbeitssekretariat, dessen Leiter er wurde. Dieses Amt und seine darin ausgeübte unermüdete, hervorragende Tätigkeit machten den Namen Greulich in weiten Kreisen bekannt. Auf den deutschen Gewerkschaftskongressen war er ein steter, gern gesehener Gast. Viele deutsche Gewerkschafter werden sich dieser Patriarchengestalt mit Achtung und Liebe erinnern. — Nun ist er von uns gegangen. Er war einer der proletarischen Vorkämpfer, dem es ein gültiges Geschick beschied hatte, 60 Jahre lang zu wirken für die Sache der Arbeiterwelt. Er ist einer von denen, die unbegreiflich bleiben. In den Reihen der Nützlichsten und Beliebenen wird sein Name stets als einer der besten gelten!

Adolf Damaschke. Dieser bekannte Bodenreformer vollendet am 24. November sein 60. Lebensjahr. Dem unermüdeten Vorläufer in der Siedlungsreform bringen auch wir zu seinem Geburtstag unsern herzlichsten Glückwunsch dar. Möge er auf diesem Felde des sozialen Strebens auch fernernhin so räftig wie bisher wirken zum Vorteil einer höheren Kultur, nicht zuletzt der Arbeiterklasse!

Unglaublich! In Hermannsdorf hat irgendein böser Spähsänger den Leuten vorgezählt, die feinerzeit von unserm Bund ausgeführten besonderen Kampfbeiträge seien an — die Großgräbner verborgt worden. Unser Sekretär von Hermannsdorf teilte uns mit, er hätte dort dieses dummen Geschwätz selber schon widerlegt: verlorren. Ja, Großgräbner und Baugewerksbund — wie reichlich das zusammen! Gar nicht! Um so schärmer, wenn Kollegen auf derlei lächerliches Gerede hinneigen. Oder wird dergleichen Humbug nur umhergetragen, um einen „Grund“ für Weiratsdrückergerei gurechtzudeckeln? Das wäre allerdings reichlich dumm.

Zur Frage der „Einheitsfront“. Die Nr. 22 des Wertes der ausgeführten Bauarbeiter fällt von vorn 188 hinten wider vom Einheitsgeschrei. Dabei steht an vielen Stellen der Widerspruch heraus, monach es sich bei den ganzen Sachen nur darum handelt, unserer Verdeutschung möglichst Vorkommnisse zu bereiten. So sagt Wegler nach Umwidlung krauer Wendungen, wobei er schon den Bundesvorstand „adgesch“ sieht: „Das Weiteren der Bundesleitung ist, die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenheit möglichst geräuschlos zu vollziehen. Es ist dabei durch unsere Politik in eine unangenehme Lage geraten. Vollzieht sie die Wiederaufnahme mit allen Rechten, dann werden die Bauarbeiter fragen: Weshalb habt ihr feinerzeit diese Kollegen ausgeschlossen? Werden die alten Rechte nicht anerkannt, dann gibt das einen ausgezeichneten Anknüpfungspunkt für eine Diskussion innerhalb des Baugewerksbundes. Befreit der Bundesvorstand die Wiederaufnahme überhaupt ab, dann legt er sich in Widerspruch zum Willen der gesamten Mitgliedschaft. Wie auch der Bundesrat entscheidet, wie können dabei nur zu gewinnen. Ihm bleibt nur übrig, das kleinere Übel zu suchen.“ — Wegler plaudert damit aus, daß es ihm und allen ihm Leidgesessenen bei ihrem Einheitsgeschrei nur darum zu tun ist, der Bundesleitung Vorkommnisse zu bereiten. Also, die alte Wut! Wegler leidet dabei an harkter Einbildung; denn diese Frage kann unserer Bundesleitung nie Vorkommnisse bereiten. Die Gründe dafür sind jedem denkenden Menschen einleuchtend. Vorkommnisse sind Wegler beweisen, daß die Sehnacht nach der „Einheitsfront“ weit mehr dort drüben als in unserer Lager vorhanden ist. Man lese nur den Bericht unserer Baugewerkschaft in der Nr. 46 des „Grenzstein“. Es ist fernern nicht erlogen, wenn an anderer Stelle im Ausgeschlossenheitsgesetz gesagt wird, bei unsern Werbervermittlungen sei überall von den Referenten ausdrücklich versprochen worden, daß unsere nächste Weiratsführung unbedingt die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenheit beschließen werde. Schreiben dieser Zeilen hat in Thüringen Werbervermittlungen abgehalten, wo bekanntlich die Kommunitäten verhältnismäßig stark vertreten sind. Er hat nirgends ein Verprechen dieser Art abgegeben. Und die anderen Referenten werden so gehandelt haben, da ihnen zu solchen Verprechungen gar kein Recht zusteht. Und die beunruhigen, von Wadmann produziert und von den „Hellen“ in den Versammlungen vorgelegten Einheitsfrontproklamation haben wohl fast überall einen ähnlichen Meinfall erlitten. Dies beweist schon die Ermittelung der Öffentlichkeit dieser demagogisch aufgemachten Ermittelung im Ausgeschlossenheitsgesetz, wobei triumphierend verkündet wird, die Bauarbeiter des Reichsmeckels bei Passau hätten sie angenommen. Wir wollen annehmen, die Wahrheit ist wahr. Dies beweist dann nur, daß ein solches „Ereignis“ dort drüben zu den großen Seltenheiten gehört, sonst

würden ganz andere Töne geblasen werden. Also feht Euch nicht aufs hohe Pferd. Wenn aus der Vereinigung etwas würde, so wäret nicht etwa X für die Gebenden. Das wäre dann nur der Waage r s h u n d.

Deutsch-spanischer Zollkrieg. Seit dem 9. November sind die in der Tagespresse angefündigten spanischen Kampfmaßnahmen gegen den deutsch-spanischen Handel in Kraft getreten. Für eine Reihe von deutschen Waren ist die Einfuhr in Spanien verboten worden. Für andere deutsche Waren wurden die Sätze des spanischen Einfuhrzolls um 80 % erhöht. Da Spanien eines der Länder, mit denen unser Handel am stärksten ist, bedeuten diese Kampfmaßnahmen eine Schädigung des deutschen Exporthandels, wobei bemerkt sei, daß sich dieser Handel nach den statistischen Feststellungen von 1924 und den drei ersten Vierteljahren von 1925 in einer für uns äußerst günstigen Entwicklung befindet, die nun zunächst unterbrochen ist. Das ist um so bedauerlicher, weil dieser Zollkrieg leicht hätte vermieden werden können; denn mit Spanien war bereits ein Handelsvertrag in Kraft abgeschlossen, der aber auf Betreiben der deutschspanischen Regierungspartei sofort wieder gekündigt wurde, um die deutschen Weinbauern vor der Konkurrenz der spanischen Weine zu schützen. Zum Vorteil einer sehr kleinen Wirtschaftsgemeinschaft haben die Deutschen in diesem Falle wieder eine rücksichtslosste Interessentpolitik getrieben; denn der Einfuhr spanischer Weine nach Deutschland im Werte von 11,8 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1925 steht im gleichen Zeitraum ein Ausfuhr deutscher Fertigerwaren nach Spanien im Werte von 69,2 Millionen Mark gegenüber. Der Gesamtwert der jährlichen deutschen Warenzufuhr nach Spanien beträgt das Doppelte des Wertes der gesamten deutschen Weinezufuhr. In „Berliner Tageblatt“ wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Maßnahmen Spaniens auch auf die Protektionisten und die Konventionen in Spanien ausgeht, und zwar so rigoros, daß nicht nur die Einfuhr deutscher Waren, sondern auch das Anlaufen deutscher Schiffe in die in Betracht kommenden Häfen verboten wird. Die deutsche Wirtschaft kann sich bei der den Deutschspanischen bedenklichen, deren Regierungskunft diesen Wirtschaftskrieg herbeigeführt hat.

Die Bauhilfsbewegung ist für das Arbeiterwohlwollen von allergrößter Bedeutung. In der Nummer 38 des „Magazin der Wirtschaft“ beschäftigt sich der ehemalige Staatssekretär Dr. August Müller in einem Artikel „Selbsthilfe gegen Wohnungsnot“ mit dem Wohnungsproblem im allgemeinen. Der Bauhilfsbewegung zollt Herr Dr. Müller in folgenden Worten hohe Anerkennung: „Auf Seiten der Wohnungskonsumenten sind die Selbsthilfebestrebungen schon sehr alt. Die Baugenossenschaften, die hier in Betracht kommen, haben aber neuerdings eine interessante Ergänzung durch die sozialen Bauhilfsvereine erfahren. Die sozialen Bauhilfsvereine sind von den Gewerkschaften im Baugewerbe errichtet worden und bezwecken den Bau von Wohnungen unter Vermeidung der Form der Produktivgenossenschaften, die sich als ungewinnlich erwiesen hat. Diese Bauhilfsbewegung ist nicht nur sozial sehr interessant, sie hat auch sehr bedeutende technische und wirtschaftliche Leistungen vollbracht. Wenn man sich Baugenossenschaften und soziale Bauhilfsbewegung konfrontiert, so entsteht ein soziales Gebilde auf genossenschaftsrechtlicher Grundlage, das für das Arbeiterwohlwollen von der allergrößten Bedeutung werden kann.“ — Es wäre zu wünschen, daß die Bauhilfsbewegung immer eine Würdigung fände, wie dies hier geschehen ist.

Beschäftigung von Arbeiterinnen im Baugewerbe. In einem Falle war strittig geworden, ob die Beschäftigung von Arbeiterinnen mit dem Mischen von Beton, wie auch mit dem Transport von Beton, Erde, etc. ein u. s. w. bei Erdarbeiten mit der Schutzbestimmung des § 137 Absatz 7 der Gewerbeordnung zu vereinbaren ist. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat auf eine Eingabe zu dieser Frage Stellung genommen und entschieden, daß diese Art Beschäftigung von Arbeiterinnen mit den Schutzvorschriften der Gewerbeordnung nicht in Einklang zu bringen sei. Aus der Entschuldigungsentscheidung des § 137 Absatz 7 sei zu entnehmen, daß der Arbeitgeber aller Art „Transport von Materialien bei Bauten aller Art“ eine weitere Auslegung habe geben wollen. Auch wenn die Arbeiterinnen lediglich mit dem Mischen von Beton und mit dem Sieben von Sand beschäftigt würden und die Herstellung der Mörtel und die Abfuhr des Betons und Sandes von männlichen Arbeitskräften geschehe, handele es sich um Arbeiten, die nach § 137 Absatz 7 für Arbeiterinnen verboten seien, da hierbei Material von einer zur anderen Stelle bewegt werde. Die Verwendung von Arbeiterinnen zum Mischen von Beton und Sieben von Sand bei Bauten ist also nicht als zulässig anzusehen.

Die Streikversicherung der Unternehmer. Unter dem recht merkwürdig anmutenden Titel: „Durch Streikabschweiger Mittelstreifen“, berichtet Hans Richter in der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von den Fortschritten der durch die Vereinigung geschaffenen Streikentschädigungsgesellschaft. Die Beitragsfrage für die Streikversicherung ist infolge der Kapitalknappheit sehr niedrig gehalten und so ist es erforderlich, daß sich kein Unternehmer von dieser Gesellschaft ausschließt, um so mehr, weil, wie der Verfasser sagt, die Streikversicherung nicht nur Folge des Selbsthaltungstriebes, sondern auch Pflicht gegen das Volksganze ist (!). Er verweist, daß die Mittel, die die Gesellschaft der in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Unternehmer zu gegenseitiger Unterstützung aufzubringen, so groß sein können, daß auch sehr bedeutende Streikschäden bei großen Konzernen ohne weiteres ersetzt werden können. Da der Zweck der Streikversicherung der ist, lange Ausschüttungen von Finanzieren, so ist von der Bildung von Streikentschädigungsgesellschaften auf regionaler Grundlage abzuraten; es sei denn, daß die Gesellschaft eine große Zahl von Verbänden verschiedener Industrie- und Gewerbegebiete umfaßt, sich über ein größeres Gebiet erstreckt und sich stark rückerichtet. Einzelne Fachverbände sollen nur dann selbständige Streikentschädigungsgesellschaften schaffen, wenn der Zusammenfassung innerhalb des zentralen Verbandes sich fänden vollständig, also obligatorisch ist, wie zum Beispiel beim Gesamtverband der Metallindustriellen, dessen Mitglieder also auf das ganze Reich verteilt sind. In solchem Falle stärkt der Zusammenfassung innerhalb des Verbandes auch zu gegenseitiger finanzieller Unterstützung das Sozi-

daritätsgefühl und die Verbandsdisziplin. Derartige fachliche Streikentschädigungsgesellschaften finden ihren Anknüpfung an die Allgemeinheit der Unternehmense durch Mitversicherung in der Spitzenorganisation. „Der Arbeitgeber“ macht auf den Beschluß des belgischen Gewerkschaftsbundes für die Schaffung einer nationalen Streikklasse, in der alle gewerkschaftlichen Streikklassen vereinigt werden sollen (?), aufmerksam und meint, daß ein solches Beispiel bei der Arbeiterkraft der Nachbarländer Nachahmung finden wird.

Die Warenhäuser führen zu zu verdienen. Das beweisen die Umsätze für das vergangene Geschäftsjahr und die Expansionsfähigkeit der Berliner Warenhäuser Tietz und Wertheim. Tietz wie Wertheim errichten in der Leipziger Straße Neuenbauten. Wertheim bezog für das erworben Grundstück in der Leipziger Straße in der Größe von 813 qm 1,5 Millionen Mark oder je Quadratmeter rund 6000 M. Man kann also jeden Quadratmeter beinahe mit Gold belegen. Die noch in gutem Zustande befindlichen Häuser werden niedrigeren, aber ebenfalls prächtigen Platz zu machen. Den Warenhäusern geht es gut. Es wäre gut, wenn dies alle Konsumvereine auch so hin sagen könnten. Hoffentlich sorgen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auch für ihre eigenen Institutionen bereit, daß sie Expansionspläne in Angriff nehmen können. Esperanto und die englischen Gewerkschaften. Der englische Gewerkschaftskongress in Scarborough hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Vorstände der verschiedenen Verbände aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß Esperanto als offizielle internationale Sprache bei den zukünftigen Gewerkschaftskongressen angewandt wird; er empfiehlt allen englischen Gewerkschaftsmitgliedern die baldige Erlernung von Esperanto. — Das ist alles ganz nett, nur sollten dann alle Delegierten bei internationalen Zusammenkünften Esperanto können, sonst müßte trotz alledem überflüssig werden.

Bücher und Schriften.

Unter Buerger und Grottel. Mit der Weichen der sozialistischen Expedition nach Zentralafrika. Von Wilhelm von Schönerer. Die Expedition, die im Jahre 1904 von Schönerer geleitet wurde, ist mit Bildern und Karten reich ausgestattet. Der Text führt uns nach Wäddari und Steppen Afrika, die seit Urzeiten unbekannt sind, nach Habesha, die sein Vater besungen hat. Die unendliche Weite der Steppe, ihre Versteinerungen, ihre Gefahren und Freuden, die verheerliche Tierwelt haben es dem Verfasser angeleitet, der sich auch als Dichter auszeichnet hat. Aber dies Buch ist vor allem eine Dokumentation, es ist wirtschaftsgerechte Schilderung dessen, was ein Naturfreund und Beobachter erlebt hat. Der Anschaffungspreis des gut gebundenen Buches ist 5,50 M. — 1924 am 2. Januar, 6. Beiträge, gehalten am 26. ersten Valentinstag, mit 48 Abbildungen. Preis 4,50 M. Bauarbeiter-Vertrag. Berlin SW 68. Vor mehreren Jahren wurden die ersten Schritte gemacht, das Verhältnis zwischen den Bauarbeitern und Bauherren zu verbessern. Das Verhältnis zwischen den Bauarbeitern und Bauherren hat sich in den letzten Jahren sehr verbessert. Die Bauarbeiter haben sich durch ihre Organisation und durch die Unterstützung der Gewerkschaften in der Lage gesetzt, ihre Interessen zu verteidigen. Die Bauherren haben sich durch ihre Organisation und durch die Unterstützung der Gewerkschaften in der Lage gesetzt, ihre Interessen zu verteidigen. Die Bauarbeiter haben sich durch ihre Organisation und durch die Unterstützung der Gewerkschaften in der Lage gesetzt, ihre Interessen zu verteidigen. Die Bauherren haben sich durch ihre Organisation und durch die Unterstützung der Gewerkschaften in der Lage gesetzt, ihre Interessen zu verteidigen.

Aus dem Tagebuch eines Betriebsrats. Herausgegeben von Deutschen Zentralarbeiterverband. Verlag: Zentral-Verlag, Betriebsrat, Berlin D. 34, Weinertstraße 8. Preis 60 Pf. Die Deutsche Zentralarbeiterverband hat sich mit der Herausgabe dieses Tagebuches eines Betriebsrats ein großes Verdienst erworben. Die Berichte sind mit soviel Beobachtungsgabe und scharfer Beobachtungsgabe überliefert, daß sie den Leser über die inneren Zustände der Betriebe und der Arbeiter in der Lage setzen, die Lage der Arbeiter zu verstehen. Die Berichte sind mit soviel Beobachtungsgabe und scharfer Beobachtungsgabe überliefert, daß sie den Leser über die inneren Zustände der Betriebe und der Arbeiter in der Lage setzen, die Lage der Arbeiter zu verstehen. Die Berichte sind mit soviel Beobachtungsgabe und scharfer Beobachtungsgabe überliefert, daß sie den Leser über die inneren Zustände der Betriebe und der Arbeiter in der Lage setzen, die Lage der Arbeiter zu verstehen.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Bundesrat. Ein großer Teil der Baugewerkschaften hat den Bundesrat für 1926 noch nicht bestellt. Wir ersuchen, dies schnellstens nachzuholen. Der Preis beträgt 75 Pf.

Vom 3. bis 9. November haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gezahlt: Augsburg 1475,00 M., Haffenburg 200, Altheide 200, Anklam 100, Auerbach 1000, Ahrensberg 400, Bodenfelde 100, Bielefeld 250, Bornum 4000, Berlin 8000, Bamberg 710, Berne 91, Barnstorf 112, Burgstall 500, Weilig 353, Weilig 350, Burgstall 8000, Weiratsbühl 200, Weiratsbühl 98, Bielefeld 200, Weilig 400, Weiratsbühl 300, Weiratsbühl 141,90, Weiratsbühl 2000, Weiratsbühl 110, Weiratsbühl 219,20, Weiratsbühl 1834,78, Weiratsbühl 250, Weiratsbühl 250, Weiratsbühl 250, Weiratsbühl 250.

